



# Auch bei Einschränkung ungehindert zur Wahl

**Linksfraktion fordert erneut barrierefreien Zugang zu den Wahllokalen in Thüringen**

**Auch sieben Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention „sind immer noch fast die Hälfte der Wahllokale in Thüringen nicht barrierefrei“, kritisieren Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin, und Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag.**

„Menschen mit Behinderungen haben aber einen Anspruch darauf, selbstbestimmt, eigenständig, ohne Barrieren bzw. ohne auf Hilfspersonen angewiesen zu sein, wählen zu können“, so die beiden Abgeordneten weiter. Wie jetzt aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von Maik Nothnagel hervorgeht, waren zur Bundestagswahl 2009 von insgesamt 3.050 Thüringer Wahllokalen nur 1.352 vollständig barrierefrei gestaltet, in den letzten vier Jahren kamen weitere 277 hinzu.

## Für gesetzliche Änderungen

Der ständige Hinweis der Landesregierung, dass für Wähler mit Behinderung auch die Möglichkeit der Briefwahl bestehe, „hat weder etwas mit Wahlfreiheit und schon gar nichts mit Inklusion zu tun“, so Karola Stange und Maik Nothnagel weiter. Sie forderten, dass die Landesregierung die Kommunen bei der Bereitstellung von barrierefreien Wahlräumen unter Beachtung der örtlichen Probleme bzw. baulichen Gegebenheiten finanziell und inhaltlich

unterstützen sollte. Und vor allem: „Dringend notwendig sind gesetzliche Änderungen auf Landes- und Bundesebene, um die Pflicht zum barrierefreien Zugang zu den Wahllokalen rechtlich zu verankern.“

Der Thüringer Landtag hatte sich erst in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause auf Antrag der Linksfraktion mit dem Thema beschäftigt. Die Landesregierung sollte aufgefordert werden, Vorkehrungen zu treffen, damit Menschen mit Behinderung, aber auch ältere, mobilitätseingeschränkte Bürger, ungehindert wählen können.

## Problematische Verpflichtung?

Für die Landesregierung hatte in der Debatte am 12. Juli zum Antrag der Linksfraktion, der schließlich mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP (die Grünen hatten sich enthalten) abgelehnt worden war, Innenminister Jörg Geibert gesprochen und u.a. gesagt: „An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die in Ihrem Antrag zitierten Vorschriften der UN-Behindertenrechtskonvention und der Thüringer Verfassung keine zwingende Verpflichtung der Gemeinden enthalten, jedes einzelne Wahllokal barrierefrei auszugestalten.“

Eine solche Verpflichtung wäre auch nicht unproblematisch, weil sich Gemeinden dann möglicherweise veranlasst sehen würden, nicht barrierefreie Gebäude als Wahllokale aufzugeben

und eine im Sinne der Bürgerfreundlichkeit großzügig gewählte Anzahl von Wahllokalen bzw. Wahlbezirken zu veringern.“

Der Minister weiter: „Die Vorschriften der Bundeswahlordnung beinhalten ausdrückliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderung. Nach § 57 Absatz 1 der Bundeswahlordnung haben Wähler, die des Lesens unkundig sind oder die wegen einer körperlichen Beeinträchtigung gehindert sind, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten oder selbst in die Wahlurne zu werfen, die Möglichkeit, eine andere Person zur Hilfe bei der Stimmabgabe zu bestimmen. Hilfsperson kann auch ein Mitglied des Wahlvorstands sein.“

## Wahlschablonen und Hör-CDs

Wie schon bei den vergangenen Wahlen, werden auch zur Bundestagswahl 2013 Wahlschablonen für Blinde und Sehbehinderte in Thüringen zum Einsatz kommen. Bei einem Gespräch zwischen dem Landeswahlleiter und dem Vorsitzenden des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen sei auch vereinbart worden, dass mit den Wahlschablonen weitere Materialien wie zum Beispiel Hör-CDs, auf denen die Bewerbersituation des jeweiligen Wahlkreises aufgesprochen wurde, zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem verwies Jörg Geibert auf die Briefwahl, die es den Wählern ermöglicht, ihre Stimme von zu Hause aus abzugeben. ■

## KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

## Antikorruption

*Anlässlich der Mahnung des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, Deutschland sollte doch das UN-Antikorruptionsabkommen ratifizieren, möchte ich an unsere Forderung im Landtag erinnern, dass Thüringen dazu im Bundesrat aktiv wird und sich auch für die Verschärfung der Vorschriften zur Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung einsetzen soll.*

*Die LINKE-Fraktion wird nach der Sommerpause einen Antrag auf Bundesratsinitiative sowie Regelungsvorschläge zur Bekämpfung von Korruption und Lobbyismus in Thüringen in den Landtag einbringen. Wichtige Stichworte sind die Verbesserung der Kompetenzen und Arbeitsbedingungen von Antikorruptionsbeauftragten sowie die Einführung von Antikorruptions- bzw. Lobbyregistern.*

*Vor allem die Regierungsfractionen im Bundestag hatten erst wieder vor der Sommerpause mit ihrer Weigerung, in Sachen schärfere Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung und Ratifizierung des UN-Abkommens aktiv zu werden, das Inkrafttreten der UN-Regelungen in Deutschland verhindert und dafür u.a. von der UN und Antilobbyorganisationen wie Transparency und Lobby-Control heftige Kritik geerntet. Deutschland gehört zu den wenigen UN-Mitgliedern, bei denen die Ratifizierung noch aussteht.*

*Wirksame Aktivitäten gegen Korruption und Lobbyismus sind unverzichtbar für den Erhalt einer funktionierenden Demokratie und das Vertrauen und die Akzeptanz der BürgerInnen in diese Demokratie, die Abgeordneten und andere politisch Verantwortliche. Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Das gilt für alle Ebenen, auch für die Landes- und Kommunalebene.*

*Thüringen muss aber auch seine Verantwortung im Bundesrat wahrnehmen, denn wichtige Stellschrauben müssen auf gesamtstaatlicher Ebene bewegt werden. Der aktuelle Vorstoß des CSU-Politikers könnte ja auch ein Anstoß für den CDU-Teil der Thüringer Regierungskoalition sein, in Sachen UN-Abkommen aber auch Antikorruption und Antilobbyismus im Land aktiv zu werden. Im Sommer 2012 hatten übrigens auch schon die Chefs von über 30 deutschen Großunternehmen in einem Schreiben an den Bundestag verlangt, die politische Blockade gegen das UN-Antikorruptions-Abkommen zu beenden. ■*

## AKTUELL

# Lasten aus Ein-Tages-Verbeamtung

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag will von der Landesregierung Auskunft zur Versorgung von Ministern und politischen Beamten in Thüringen sowie im Zusammenhang mit der Diskussion über Sinn und Zweck des Zeitbeamtentums genaue Hintergründe und finanziellen Folgen, auch am Beispiel, die sich aus der Ein-Tages-Verbeamtung des Thüringer Finanzministers Voß vor seiner Ernennung im Dezember 2010 ergeben, wissen und hat sich dazu mit Kleinen Anfragen an die Landesregierung gewandt.

Mit Blick auf die Entlassung des Staatssekretärs Zimmermann und die anhaltenden Diskussionen müsse jetzt dringlich geklärt werden, ob

die gesetzlichen Regelungen zur Versorgung von politischen Beamten noch zeitgemäß sind, betonte Bodo Ramelow und hinterfragt bei der Landesregierung auch, welche weiteren Minister und politischen Beamten in Thüringen Versorgungsansprüche aus früheren Bundes-, Landes- und Kommunalbeamtenverhältnissen haben, wie hoch ihre Ansprüche sind und wer für die daraus resultierenden Kosten aufkommt.

Erneut forderte der LINKE Landespolitiker die Zusammenführung des gesamten Beamtenrechts bzw. Beamtenversorgungssystem mit dem allgemeinen Arbeits- und Sozialrecht.

Im Übrigen sei es höchste Zeit für eine moderne Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Bodo Ramelow fordert

jedoch umgehend erste Konsequenzen von der Landesregierung. Diese wären sofort möglich über eine einhundertprozentige Verrechnungsklausel für alle laufenden beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge von Ruhestandsbeamten, die noch nicht in den Altersoder Invaliditätsruhestand wechseln.

Eine solche Verrechnungsklausel mit allen Einkünften, „wie es sie anderswo schon längst gibt, gehört nach unserer Auffassung umgehend ins Thüringer Ministergesetz, das Abgeordnetengesetz und in das gültige Thüringer Beamtenrecht“, verlangte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag.

*Kleine Anfragen unter: <http://www.die-linke-thl.de/nc/presse/pressemitteilungen>* ■